

Cübe der Volksbote

Organ für die Interessen der werktägigen Bevölkerung

Der „Cübe der Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer am Sonn- und Montagabend) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch den Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Abreise aus dem Ausland vierjährlich 3.60, monatlich 1.20 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die leichten Anzeigen 10 Pf., für den Raum 50 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 40 Pf., auswärtige Anzeigen 60 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 266.

Dienstag, den 12. November 1918.

25. Jahrg.

Geinigt!

Was jeder, der es mit der werktägigen Bevölkerung gemeint, längst gewünscht hat, ist nun durch die revolutionären Ereignisse in Erfüllung gegangen: die Einigung der beiden sozialdemokratischen Richtungen. Gewiß sind dadurch nicht alle Meinungsverschiedenheiten aus der Welt geschafft, aber sie treten zurück und sind bedeutungslos gegenüber dem Gesamtwillen, die Errungenschaften der Revolution dem freien Volke zu erhalten und zu festigen.

Wolfs Telegrafenbüro gibt folgende Darstellung des weltgeschichtlichen Vorganges.

Sonntag nachmittag fand im Circus Busch die Versammlung des Berliner A.- u. S.-Rates statt nachdem am Vormittag die Soldaten in den Kasernen und Lazaretten und die Arbeiter in ihren Betrieben zusammengetreten waren, um ihre Vertreter zu dieser Versammlung zu wählen. Trotzdem nur die gewählten Vertreter zugelassen waren, füllte sich der Circus Busch fast bis in die oberen Galerien. Genosse Barth eröffnete die Sitzung. In das Präsidium wurden die Genossen Barth als erster Vorsitzender, Oberleutnant Walz als zweiter Vorsitzender und Müller und Molkenbahr als Schriftführer gewählt.

Ebert verkündete unter stürmischem Beifall, daß der Bruderkrieg zwischen der sozialdemokratischen Partei und den Unabhängigen begraben wurde. Nach weiteren Reden von Haase, der über die Notwendigkeit einer Einigung sprach, Liebknecht, Hauptmann v. Beersfelde und Müller wurde beschlossen, daß der A.- u. S.-Rate bis zum Zusammentritt sämtlicher A.- u. S.-Räte die Führung der Geschäfte übernehmen soll und folgende Vertreter der Unabhängigen Sozialisten zu wählen: Barth, Müller, Eichardt, Wegmann, Neuendorf und Lebedew; folgende Vertreter der sozialdemokratischen Partei: Heller, Gühlich, Busch und Himmel-Mainz. Als Vertreter der Soldaten wurden gewählt: Molkenbahr, v. Beersfelde, Gerhardt, Herzel, Lemppert, Haase, Walz, Bethusch, Hermann, Köhler, Dornier, Eichmann und Wimpel. Die Einigung der beiden Parteien war im wesentlichen auf die Röte der Soldaten zurückzuführen, die stürmisch eine Einigung der beiden Parteien verlangten. Zum Schlus der Sitzung wurde nachstehende Proklamation des A.- u. S.-Rates einstimmig gutgeheissen:

Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das deutsche Volk erkannte, daß es jahrelang in Lug und Trug gehüllt war. Der vielgerühmte, der ganzen Welt zur Nachahmung empfohlene Militarismus ist zusammengebrochen. Die Revolution trat von Kiel ihren Siegesmarsch an und setzte sich siegreich durch.

Die Dynastien verwirken ihre Existenz. Die Träger der Kronen sind ihrer Macht entkleidet. Deutschland wurde Republik, eine soziale Republik. Sofort haben sich Gefängnis-, Arrest- und Zuchthausmauern für die wegen politischer und militärischer Verbrechen Verurteilten und Verhafteten geöffnet. Die Träger der politischen Macht sind jetzt Arbeiter- und Soldatenräte. In allen Garnisonen, in denen keine A.- u. S.-Räte bestehen, wird sich die Bildung solcher rasch vollziehen. Auf dem flachen Lande werden sich Bauernräte zu demselben Zweck bilden.

Die Aufgabe der provisorischen Regierung, die von dem A.- u. S.-Rate, Berlin bestätigt wurde, wird in erster Linie sein, den Waffenstillstand abzuschließen und dem blutigen Gemetzel ein Ende zu machen.

So voriger Friede ist die Parole der Revolution. Wie auch der Friede aussehen wird, er ist besser, als die Fortsetzung des ungeheuren Menschenmenschen. Eine rasche konsequente Vergesellschaftung der kapitalistischen Produktionsmittel ist nach der sozialen Struktur Deutschlands und dem Preisgrad seiner wirtschaftlichen und politischen Organisation ohne starke Erhütterung durchführbar.

Sie ist notwendig, um aus den blutgetränkten Trümmern eine neue Wirtschaftsordnung einzubauen, um eine wirtschaftliche Versklavung der Volksmassen und den Untergang der Kultur zu verhindern.

Alle Arbeiter, Kopf- und Handarbeiter, welche von diesem Ideal erfüllt sind und welche ehrlich für seine Verwirklichung treten, sind zu seiner Mitarbeit bereit.

Der A.- und S.-Rate ist von der Überzeugung durchdrungen, daß in der ganzen Welt sich die Wimmlung in der gleichen Richtung vorbereitet. Er erwartet mit Zuversicht, daß das Proletariat der anderen Länder seine ganze Kraft einsetzen wird, um eine Vergewaltigung des deutschen Volkes bei Abschluß des Krieges zu verhindern.

Er gedenkt mit Bewunderung des russischen Arbeiters und Soldaten, die auf dem Wege der Revolution verangestellt sind. Er ist froh, daß die deutschen Arbeiter und Soldaten ihnen folgen, damit sie den alten Führer, die Kämpfer der Internationale zu sein, wälzen. Er sendet den russischen Arbeiters- und Soldatenregierung seine herzlichen Grüße.

Er befürchtet, daß die deutsche republikanische Regierung sofort die völkerrechtlichen Beziehungen zu der russischen Regierung aufnimmt und erwartet die Vertretung dieser Regierung in Berlin. Durch den entzückenden, über vier Jahre währenden Krieg

ist Deutschland auf das fürchterlichste verwüstet. Unersetzliche materielle und moralische Güter sind vernichtet. Aus diesen Verwüstungen und Zerstörungen neues Leben hervorzurufen, ist eine Mission aufzuheben.

Der A.- und S.-Rate ist sich dessen bewußt, daß die revolutionäre Macht die Verbrechen und Fehler des Regimes der besiegten Klasse nicht mit einem Schlag gutmachen und daß sie den Massen nicht sofort eine glänzende Lage verschaffen kann. Die sozialistische Republik ist allein imstande, die Kräfte des internationalen Sozialismus zur Herbeiführung eines demokratischen Dauersiedens auszulösen.

Es lebe die deutsche sozialistische Republik!

Auf Antrag Müllers wurde die Wahl und die Bestätigung der provisorischen Regierung anerkannt. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie gingen die Vertreter des A.- und S.-Rates auseinander.

Nach der Versammlung im Circus Busch trat das Kabinett zusammen. Es konstituierte sich als Körperschaft mit den gleichen Rechten als Rat der Volksbeauftragten. Den Vorsitz führen Ebert und Haase. Über die Beziehung der Fachministerien hat der Rat der Volksbeauftragten Beratungen gepflogen, die nicht zum Abschluß kamen.

Die sozialdemokratische Reichsregierung.

Nach dem Tage des Jubels über den glorreichen Sieg der Revolution kam der Tag des bitteren Zweifels. Wird es gelingen, aus dem Zusammenbruch der alten Gewalten eine neue feste Ordnung aufzubauen? Einstweilen regierte alles durcheinander. Auf der einen Seite stand die Reichsregierung, vertreten durch den neuen Kanzler Ebert. Ihr gegenüber wurden überall Arbeiter- und Soldatenräte gebildet, ein Soldatenrat von den Anhängern der Sozialdemokratie unter dem Vorsitz von Brutus Molkenbahr und mit der Ge-

folgschaft fast aller größeren Truppenverbände, ein anderer Soldatenrat im Reichstag unter der Leitung der Unabhängigen; daneben Scharen bewaffneter Soldaten, die sich um die Spartakusgruppe scharten. Ein Konvent der Arbeiter- und Soldatenräte sollte am Abend im Circus Busch eine neue Reichsregierung wählen. Wie aber, wenn es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den verschiedenen Richtungen kam und eine Abstimmung die Kraft der einen und der anderen vor Augen führen sollte — wer würde dann die Legitimation prüfen? Wer dafür sorgen, daß nicht Schwindel und Trug am Abstimmungsergebnis täuschen? Und welcher Zugang lag für die Reichsregierung vor, wirklich die Beschlüsse dieser willkürlich gebildeten Körperschaft als für sich maßgebend zu betrachten?

Dazu kam, daß schon die ersten Gewalttätigkeiten im Preßewesen vorgekommen waren. Den früheren Berliner „Volksanzeiger“ sah man seit gestern abend als „Rote Fahne“ im Besitz der Spartakusleute wieder. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte sich in die „Internationale“ unter Leitung des Unabhängigen Nestriepke verwandelt und die Berliner „Allgemeine Zeitung“ aus dem Verlage Ulstein wurde ebenfalls gewaltsam in ein unabhängiges Blatt unter der Leitung Paul Börs verwandelt. Endlich eigneten sich die von den Unabhängigen gebildeten Arbeiter- und Soldatenräte auch die „Berliner Volkszeitung“ an. Während die Reichsleitung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung aufforderte, forderte die „Rote Fahne“ die Soldaten auf, ihre Waffen zu behalten und alle zu entwaffnen, die nicht restlos der neuen Gewalt ergeben seien; vor allem aber auf dem Posten zu bleiben, um die neuerrungene Freiheit in die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte überzuführen. Die Gefahr einer allgemeinen Verwirrung, eines Aufhören jeglicher Ordnung wurde riesengroß.

Auch die Waffenstillstandsbedingungen, die inzwischen eingetroffen, drückten mächtig auf die Herumtreibung über den Triumph der Volksfacke. Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente sind das Häretische und Unerhörteste, was je ein siegreicher Imperialismus einem Volke zugemutet hat.

Elsaß-Vertragen wird ohne weiteres mit Belgien und Frankreich gleichgesehen, also von vornherein als ein Land behandelt, das uns nicht gehört. Das ganze linke Rheinufer muß geräumt werden, Mainz, Koblenz und Köln befehlt der Feind. Weilhin auf das rechte Rheinufer erstreckt sich seine Macht. Deutschlands letzte Kolonie muß nach seinem vollen Willen auf dem Bodenstand kapitulieren, die deutsch effolte wird teils entrüstet, teils ausgelaßt, die Blockade bleibt aufrecht erhalten, und Deutschland muß dafür obendrein die Eatenetruppen ernähren, welche deutsches Gebiet befehren.

Die Bedingungen unterscheiden sich in so gut wie nichts von denen, die man Österreich nach seinem vollen Willen zusammenbrach gestellt hat. Schlimmeres hätte auch auf eine vollständige Kapitulation nicht folgen können. Wenn Herr Wilson an seinen Gedanken eines Rechtsfriedens festhält, so hat er ihn jedenfalls überaus merkwürdig eingeseitet. Aber die Entente wird nun die Probe darauf ablegen müssen, ob sie sich lediglich gegen ein kaiserliches und militärisches Deutschland hat schützen wollen, oder ob militärisches Deutschland alle, aber auch restlos alle Worte der Begeisterung für große Ideen, die sie gesprochen hat, purer Schwindel und Vollbetrug gewesen sind.

Deutschland wird jedenfalls den Krieg nicht wieder aufnehmen. Wir brauchen den sofortigen Frieden um jeden Preis, nicht nur weil jedes Weiterkämpfen sinnlos geworden ist, sondern auch um im Innern eine feste Ordnung wiederherzustellen. Die neu errungenen revolutionären Freiheiten zu sichern, haben sich nun glücklicherweise Sozialdemokratie und unabhängige Sozialdemokratie zusammengefunden und werden gemeinsam das Kabinett Ebert-Haase-Eichmann-Dittmann-Landsberg-Barth bilden. Die Gefahr der Anarchie und der Hungersnot für die Großstadt, die sie sofort im Gefolge hätte, ist damit hoffentlich überwunden und die Friedensmöglichkeit gewahrt. Wir können und müssen den Frieden sofort schließen, ohne erst den Zwischenraum einer Weltrevolution zwischen den Frieden und uns zu legen. Dreißig Tage läuft der Waffenstillstand, die Zeit drängt, die Arbeit eilt. Hat die einmütige sozialdemokratische Regierung erst das Friedenswerk vollbracht, dann kann sie am dauernden Neuausbau Deutschlands auf breitesten demokratischen Unterlage gehen.

Von den blutenden Wunden des deutschen Leibes mög ein alter Verband heruntergerissen werden. Das ist außerst schmerhaft und kostet neuen Blutverlust. Aber der Eingriff war notwendig, um unser Leben zu retten. In neuen roten Leinen gehüllt, wird Deutschland genesen können. Schwere finstere Tage liegen hinter uns. Uns winkt neues Licht. Eine neue starke Hoffnung hält uns aufrecht. Die sozialdemokratische Regierung muß Deutschland retten und neu erbauen.

Das neue Würtemberg.

Sonnabend abend hat sich im Landtaggebäude eine neue provvisorische Regierung gebildet. Sie erhält folgenden Aufruf:

An das württembergische Volk!

Eine gewaltige, aber glücklicherweise urblutige Revolution hat sich heute vollzogen: Die Republik ist erklärt.

Eine neue Epoche der Demokratie und der Freiheit bricht an, die alten Gewalten treten ab, und das Volk, das die Revolution bewirkt hat, übernimmt die politische Macht.

Seine nächste Vertretung bildet der aus den freien Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Partei, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und dem Arbeiter- und Soldatenrat bestehende Arbeitsausschuß, dem sich General von Ebbinghaus mit einem Offizierskorps zur Durchführung der öffentlichen Sicherheit zur Verfügung gestellt hat. Die genannten Körperschaften werden geeignete Fachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte heranziehen ohne Rücksicht auf ihre politische oder religiöse Gesinnung.

Die Regierung ist provisorisch und betrachtet es als ihre erste Aufgabe, eine konstituierende Landesversammlung einzuberufen, die in unserem Programm bekannt gegebenen Wahlrechtsforderungen vorzubereiten.

Die Regierung wird eine umfassende Amnestie erlassen.

Sie fordert die Bevölkerung auf, die Sicherheitsorgane bei der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu unterstützen, sowie die Arbeit wieder anzunehmen. Unberufenen Elementen, die sich öffentliche Ämter annehmen, ist mit Entschiedenheit entgegztreten. Berechtigt zu Amtshandlungen sind nur die mit amtlichem Ausweis versehenen Vollzugsbeamten. Für den Schutz von Leben und Eigentum ist Vorsorge getroffen. Die Soldaten gehorchen dem von ihnen gewählten Soldatenrat. Von den öffentlichen Beamten, insbesondere dem Personal der Verkehrsanstalten erwarten wir, daß sie weiter ihre Schuldigkeit tun. Freies Vermögens- und Vereinsrecht ist für alle Civil- und Militärpersonen gewährleistet. Es werden umfassende soziale Reformen vorbereitet.

Die Bevölkerung der übrigen Gemeinden des Landes fordern wir auf, sich dem von der Stuttgarter Bevölkerung gegebenen Beispiel anzuschließen und in den wirtschaftlichen und sonstigen Beziehungen zur Landeshauptstadt keine Stockung einzutreten zu lassen. Wir werden es als unsere besondere Pflicht ansehen, uns der Interessen der gesamten Bevölkerung des Landes und sonstiger Erwerbsklassen auf's nachdrücklichste anzunehmen.

Wir entbinden, brüderlichen Gruss den Arbeitern und Soldaten aller Länder und fordern sie auf, mit dem revolutionären deutschen Volk solidarisch zu handeln und damit einen baldigen dauernden Frieden der Gerechtigkeit herzuführen zu helfen.

Stuttgart, den 9. November 1918.

Die provvisorische Regierung:
Eispien.

Vorj. Blos. Auswärtiges: Blos. Inneres: Eispien. Arbeitsministerium: Lindemann. Finanzen: Talheimer. Kult. Heymann. Justiz: Matzurat. Krieg: Schreiner.

Dazu kommt folgende Erklärung: Ich habe mich bereit erklärt, im Einvernehmen mit dem Soldatenrat mitzuhelfen, daß die militärische Ordnung in Stuttgart aufrechterhalten bleibt.

9. November.

General von Ebbinghaus.

Badens Neugestaltung.

Karlsruhe, 11. November. Der Soldatenrat und der Wahltauhrausschuss erliegen heute folgenden Aufruf an das badische Volk:

„An das badische Volk!“
Wir geben bekannt, daß sich heute eine provisorische Volksregierung für Baden gebildet hat, welche die Macht übernommen. Sie besteht aus dem Vorsitzenden Anton Geiß, Ministerium des Auswärtigen; Oberbürgermeister Dietrich, Landtagsabgeordneter, Konstanz, Ministerium für Sozialfragen; Metallarbeiter Adolf Schwoz, Vorsitzender des A. und S. Rats in Mannheim, Ministerium für militärische Angelegenheiten; Landsturmamt Brünn, Vorsitzender des Soldatenrats in Karlsruhe, Ministerium des Innern; Dr. Ludwig Haas, Reichstagabgeordneter, Karlsruhe, Ministerium der Finanzen; Professor Wirth, Reichstagabgeordneter, Freiburg, Ministerium der Justiz; Rechtsanwalt Marx, Landtagsabgeordneter, Karlsruhe, Ministerium des Verkehrs; Geschäftsführer Leopold Rückert, Karlsruhe, Ministerium des Unterrichts; Fritz Steckinger, Landtagsabgeordneter, Pforzheim, Ministerium des Ernährungswesens; Rechtsanwalt Trunk, Stadtrat, Karlsruhe, Ministerium des Ernährungswesens; Arbeitersekretär Marzloff, Freiburg. Die neue Regierung wird in der auf Grund des allgemeinen Wahlrechts hervorgegangenen Nationalversammlung darüber entscheiden lassen, welche Staatsform, ob Monarchie oder Republik, für Baden maßgebend sein soll. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden auch für die Zukunft einen Bestandteil des Deutschen Reiches bilden. Wir fordern das badische Volk auf, den Anordnungen der neuen Regierung Folge zu leisten und Ruhe und Ordnung zu bewahren. Die Beamten bleiben in ihren Stellungen und haben in ihrer Weise ihre Pflicht zu erfüllen. Die Soldaten werden aufgefordert, in die Kasernen zurückzukehren und den dienstlichen Anforderungen zu gehorchen, soweit sie nicht für den Soldatenrat in Anspruch genommen sind. Nur wenn diesem Ruf Folge geleistet wird, ist es möglich, Ruhe, Ordnung und gute Versorgung durchzuführen.

Der Soldatenrat: Brümmer, Weser.

Der Wahltauhrausschuss: H. Sauer, Brising, Bachang, Krebsmann.

Neugestaltete Bewegung.

Die Situation in Berlin.

Berlin zeigte auch am Montag ein verhältnismäßig ruhiges Bild. Wenigstens zeigte das Straßenleben keinen Anflug der gewaltsamen Umsätzungen, die teils gleichen, teils im Gang sind. Bewaffnete und unbewaffnete Soldaten bevölkern die Straßen, auch wird von Soldaten der Sicherheitsdienst aufrichtig erhalten. Überall herrscht museenhafte Ruhe und Ordnung. In der Nacht zum Montag ist allerdings noch, wie in den vorhergehenden Tagen und Nächten, an einzelnen Punkten der Stadt geschossen worden. Vor einigen Nester der Reaktion hat es Kämpfe gegeben, die aber in der letzten Nacht nicht mehr erheblich gewesen sind.

Im Reichstage, wo der Arbeiter- und Soldatenrat sein Domizil aufgeschlagen hat, herrscht reges Leben. Sitzung folgt auf Sitzung. In den Kommissionssälen haben sich Gruppen-Ausschüsse gesetzt, im Plenum tagte mittags der Arbeiter- und Soldatenrat. Zu den Zimmern der Ausschüsse herrschte Parker-Andrang. An manchen haben die vor der Tür postierten Soldaten alle Mühe, den Zugang der Besucher in geordneten Bahnen zu halten. Aber nirgends wird die Ruhe gefördert. Alle Besucher, Funktionäre, Vertrauensleute, Mitglieder des Rates der Arbeiter und Soldaten sind sich des Ernstes dieser gesichtlichen Stunden bewußt.

Das Straßenbild ist, wie gesagt, fast das gewöhnliche. Jedenfalls verhält es sich, daß am heutigen Montag noch ein großer Teil der Berliner Arbeiterschaft der Arbeit fertiggeblieben ist. Im Generalstab stehen noch alle Arbeiter, die nicht bei der Licht- und Kraftverarbeitung, in der Ernährungsindustrie, im Verkehr und Transporte tätig sind. Der „Brotwärter“ vom Montagmorgen hat die Parole ausgegeben, daß die Arbeit am Dienstag früh in allen Betrieben wieder eingenommen werden soll. In Gewerkschaftskreisen ist man der Überzeugung, daß die Arbeiter dieser Parole reiflos folgen werden. Allerdings verschließt man sich auch der Befürchtung nicht, daß sich manche Betriebe vor sich zur Arbeit melden. Arbeiterschaft nicht ohne weiteres erübrigeln werden.

Das wird insbesondere in den Betrieben der Fall sein, die sich bisher mit Rüstzusaufträgen beschäftigt haben. Verschiedene Unternehmer dieser Industrie haben bereits erklärt, daß es ihnen zweifelhaft erscheine, ob sie ihre Betriebe in Betrieb erhalten könnten. Man kann ihnen nicht zutrauen, weiterarbeiten zu lassen, solange ihnen die neue Regierung die Annahme der fertiggestellten Gegenstände nicht garantiert habe.

Hier beginnen die Schwierigkeiten, die zweifellos auch unter anderen Umständen in der Übergangszeit eintreten würden. Doch wird es unter der neuen Ordnung der Dinge umso leichter werden, dieser Schwierigkeiten Herr zu werden.

Wiederaufnahme der Arbeit in Berlin.

Berlin, 11. November. (Privatmeldung.) Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß die Arbeit in sämtlichen Betrieben am Dienstag früh wieder einzunehmen. Die Pensionsmittel- und Kindergartenbetriebe nehmen schon am Montag früh die Arbeit wieder auf.

Die Staatssekretäre bleiben vorläufig.

Berlin, 11. November. Die Staatssekretäre und Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt. Das Einsetzen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Geschäftsräume der Reichsbahndirektion und die Übernahmen ordentlicher Gesetze durch solche Personen ist nicht gestattet.

Die Reichsregierung: Ebert, Haase.

Das neue preußische Kabinett.

Berlin, 12. November. Der Reichsminister für Arbeit und Sozialordnung und der Reichsminister für Wirtschaft und Handel sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt, zu Mitgliedern des Kabinetts für Preußen folgende Personen ernannt: Paul Hirsch und Heinrich Stöbel zu Vorsitzenden, Werner Otto, Eduard Gruß und Adolf Hoffmann. Ein Mitglied steht noch aus. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Landwirtschaftsministeriums werden die Generäle Otto Stark und Adolf Hoffmann, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der inneren Verwaltung die Generäle Paul Paul Hirsch und Emil Eichhorn, mit der Wahrnehmung der Geschäfte der Groß-Berliner Polizei Generale Eugen Erff. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des bisherigen Generals und Kriegsministers Oskar Dr. Söderström und mit der Wahr-

nehmung der Geschäfte des bisherigen Kultusministeriums die Generäle Hoffmann und Konrad Hänsch beauftragt. Die Verständigung der Regierung erfolgt bald.

Die Verwaltung Berlins.

Berlin, 12. November. Die Volksbeauftragten für die Stadt Berlin geben bekannt, daß der Arbeiter- und Soldatenrat die Verwaltung der Stadt Berlin übernommen hat. Der Oberbürgermeister Dr. Vermuth, der Bürgermeister Dr. Recke und der Stadtverordnetenvorsteher Michelet verbleben in ihren Ämtern.

Aufruf an das Heimatheer.

WTB. Berlin, 11. November.

An das Heimatheer!

Der Waffenstillstand steht vor der Tür, der Frieden wird ihm folgen; der Augenblick naht, wo das Blutvergießen ein Ende hat. Auch in der Heimat wurde trock liegender Feind umwälzen ein Blutvergießen bisher ganz vermieden. Die Männer der neuen Regierung erklären, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen aufrecht erhalten werden sollen. Darauf muß auch das Feldheer und das Heimatheer mit allen Kräften mitwirken. Nur dann kann eine ordnungsmäßige Zurückführung des Feldheeres und die Entlassung der Mannschaften stattfinden. Nur dann kann auch die Gewährung von Volk und Heer wieder gesichert werden. Der Bürgerkrieg muß vermieden werden. Alle militärischen Dienststellen haben ihre Dienstgeschäfte unverändert weiterzuführen. Die Bildung von Soldatenräten und die Teilnahme dieser Soldatenräte an der Abwicklung des Dienstes ist bei allen Formationen durchzuführen. Ihre Hauptaufgabe ist, bei der Errichtung des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes mitzuwirken und das engste Einvernehmen zwischen den Mannschaften und ihren Führern herzustellen. Von den Waffen ist gegen Angehörige des eigenen Volkes nur in der Notwehr oder bei gemeinsamen Verbrechen oder zur Verhinderung von Plündereien Gebrauch zu machen.

Ebert, Reichskanzler, Scheuch, Kriegsminister, Goehre, Mitglied des Reichstages.

Entscheidende organisatorische Beschlüsse.

Berlin, 11. November. Heute nachmittag 2 Uhr begann eine große Konferenz zwischen dem Kabinett und dem Arbeiter- und Soldatenrat, in der eine Reihe von entscheidenden organisatorischen Beschlüssen gefaßt werden sollten. Dem Reichskanzler sind aus einer großen Anzahl deutscher Städte Begrüßungstelegramme zum Siege der Sache der Volfsfreiheit zugegangen.

Hindenburg stellt sich der neuen Regierung zur Verfügung.

Köln, 11. November. Generalfeldmarschall von Hindenburg und Generalquartiermeister Groener liegen den Kölner A. und S. Rat bitten, eine Vertretung zur wichtigen Beisetzung sofort ins Große Hauptquartier zu senden. Es reichten am Montag früh aus dem Kölner A. und S. Rat ab: Fuchsius, Schulte und Söllmann.

Wie der Kölner A. und S. Rat zuverlässig erfährt, stellte Hindenburg in einem Telegramm an die neue Regierung sich mit der Armee zu ihrer Verfügung, um ein Chaos zu vermeiden.

Ein Aufruf der Nationalliberalen Hamburgs.

Den Kundgebungen des deutschen Reichskanzlers Ebert vom 9. November folgend, erklärten sich die Nationalliberalen Hamburgs bereit, die neue Regierung bei der schweren Arbeit, die ihnen harrt, tatkräftig zu unterstützen. Um diese Pflicht zu erfüllen, sind die Nationalliberalen gewillt, in Hamburg die durch Zeithaltungen gebotene politische Neuordnung mit durchzuführen. Insbesondere werden sie dafür eintreten, daß für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, geheime, gleiche und direkte Wahlrecht mit Einschluß des Frauenstimmrechtes eingeführt und Wahl-Zusammenziehung und Wirkungskreis des Senates den Bedürfnissen der neuen Zeit angepaßt werden. Nur einmütige Zusammenarbeit aller kann das gewaltige Werk des politischer und wirtschaftlichen Neuaufbaues vollbringen und uns vor schwerer Not bewahren.

Einen feierlichen Schluß

hat der Soldatenrat in Brüssel gefaßt: Die deutsche Kriegs- bzw. Nationalslage wird wieder gehoben. Alle Dienstgrade, auch die Offiziere werden wieder voll in ihre Rechte eingesetzt. Der Soldatenrat, der vor allem bei Bestrafungen, Verurteilungen, Kanton- und Kühenangelegenheiten mitzuwirken hat, tritt den Disziplinarpfosten bereit und mitbeschließend zur Seite. Die Gründlichkeit fällt fort.

„In alle Volksgeraden“

richtet der Hamburger Arbeiter- und Soldatenrat folgenden Aufruf:

Nachdem der Arbeiter- und Soldatenrat sich in den Besitz der gefesteten Macht gesetzt hat, halten wir es für unsere Pflicht, alle Volksgeraden darüber aufzuläutern, daß wir unsere Macht rücksichtslos brauchen oder niemals missbrauchen werden. Denn wir wollen nicht eine Herrschaft der Gewalt, sondern eine Herrschaft des Rechts begründen. Wir wissen, daß eine Herrschaft der Macht nichts Dauerndes, sondern nur das Recht unvergängliche Werte schaffen kann. Wie wir stets bestrebt waren, den Weltkrieg, der in Tschetschien garnicht Krieg, sondern Weltrevolution und Weltkrieg ist durch einen allgemeinen Frieden des Rechts abzuschieben und zu löschen, so sind wir auch bestrebt, innerhalb der einzelnen Staaten und Volksstaaten einen Rechtsfrieden einzurichten. Wir wissen, daß es Unstum und Wahnsinn wäre, einen Rechtsfrieden der Welt zu wollen und andererseits die Diktatur einzelner Volksstaaten innerhalb der Staaten zu verwirken. Wir werden uns gegen jede Gewalt. Wir wollen überall die Herrschaft des Rechts. Und nur deshalb, um gegenüber den bisherigen Gewalten die Herrschaft des Rechts zuwiderzutun, haben wir in den Arbeiter- und Soldatenräten eine vorläufige Organisation geschaffen. Wir wollen nur die alte Gewalt stützen, damit ein wahrschafes und neugeborenes Recht an ihre Stelle treten kann. Der Arbeiter- und Soldatenrat wird seine Herrschaft an dem Tage niedersetzen, an dem er sichere Gewebe für die künftige Herrschaft des Rechts im deutschen Volksstaat in allen seinen Einrichtungen erlangt hat. Wenn der neue Reichstag, der aus dem gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht aller männlichen Männer und Frauen hervorgegangen ist, sich als Nationalversammlung konstituiert hat, wenn ferner in Stadt und Gemeinden auf Grund desselben Wahlrechts wie zum Reichstag Wahlen geöffnet sind, die allen Bevölkerungsklassen die Möglichkeit zur Mitarbeit führen, wird der Arbeiter- und Soldatenrat gern zurücktreten. Wir wollen niemand terrorisieren, aber wir wollen und brauchen die Mithilfe aller Volksgeraden ohne Ausnahme. Wir wollen den wahrschafes geistigen Kräften und Doctrin des Volkes, die allein beruhen, die neue Welt zu bauen, zum Durchbruch verhelfen, die unter Herrschaft der bisherigen Gewaltshaber nicht eins Licht bringen konnten. Jeder einzelne soll in der neuen Welt frei seine Kräfte und Fähigkeiten zeigen können, solange er nicht die Freiheit seiner Mitmenschen behindert. Volksgeraden, lasst euch nicht täuschen durch harte und bittere Geißelstrafen dieser Tage. Sie waren unvermeidlich. Sie sind aus der Säulenregen eines totalitären Ausbruches, dem der glühende Strom lebendiger sozialistischer Kräfte folgen wird.

Die Regierung der Gesetze des bisherigen Kultusministeriums die Generäle Hoffmann und Konrad Hänsch beauftragt. Die Verständigung der Regierung erfolgt bald.

Die Verwaltung Berlins.

und Friedliche Welt, die wir schaffen wollen. Heft alle mit auf alle, ohne Ausnahme! Wir haben für alle und alle müssen helfen. Denn wir wollen nicht die Herrschaft der Gewalt, sondern die Herrschaft des Rechts!

Der Großherzog von Oldenburg abgesetzt.

Der A. und S. Rat der Norddelegation, von Oldenburg und der gesamten Flotte erklärt den Großherzog von Oldenburg als abgesetzt und den Bezirk des genannten Rates zu einer sozialen Republik.

Die hessische Republik.

In einer weiteren Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde Sonntag nachmittag Hessen zur Republik ausgerufen und der Großherzog für abgesetzt erklärt. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

Arbeiter, Bürger!

Die Regierungsgewalt ist auf das Volk übergegangen. Es ist frei und mündig, um kein Schicksal selbst zu bestimmen.

Soldaten, Arbeiter und Bürger! Schließt die Reihen. Ein freies Volk schafft seine freie Zukunft. Folgende sieben Punkte sozial der Arbeiter- und Soldatenrat zusammen:

1. Der sozialistischen Fraktion der bisherigen zweiten Kammer wird die Bildung des Ministeriums übertragen.

2. Der von dieser gebildeten Regierung wird aufgetragen, binnen drei Tagen ein Gesetz zur Wahl der Landesversammlung vorzulegen, das den Grundzügen der Verhältniswahl entspricht. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Hesse sein.

3. Der Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande.

4. Alle Sonderrechte der Geburt und des Stamms werden beseitigt.

5. Sämtliche im Großherzogtum bestehenden Fideikommissse sind aufzulösen.

6. Die vollständige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.

7. Trennung von Kirche und Staat.

Das Volk wird zur Tat aufgerufen. Die Tore sind abgeschlossen. Das Tor der Zukunft steht offen. Tretet mit entschlossenem Geist ein und helft mit, den neuen Volksstaat stark und gesichert zu errichten.

Die Revolution im Osten Deutschlands.

Berlin, 11. November. Auch im Osten beginnt die Bewegung Wurzel zu schlagen. Königsberg, Allenstein, Tilsit, Königsberg, Gumbinnen, Osterode, Löben, Posen und andere Städte sind in der Hand der Arbeiter- und Soldatenräte. In Königsberg wurde beschlossen, in den nächsten Tagen eine Abordnung nach Berlin zu schicken, um momentan bezüglich der Ostgrenzen-Sicherungen Befehle zu erhalten. Oberbürgermeister Körte ist abgesetzt, v. Batoch hat sich zur Verfügung des Rates gestellt. In Allenstein macht sich ein Zurücksetzen vom Mannschaften aus anderen Garnisonen bemerkbar. Der Arbeiter- und Soldatenrat hält aus diesen Gründen für erforderlich, daß die Entlassungen und Enturlaubungen direkt von den Truppenteilen zu erteilen sind. In Posen hat der Arbeiter- und Soldatenrat Fühlung mit den Polen genommen. Abgesehen von kleineren Anstrengungen werden überall Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten.

Ein Erfuchen um Hilfe an die Neutralen.

Berlin, 12. November. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet: Die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands sandten ein Telegramm an Branting nach Stockholm, an Stauning nach Kopenhagen und an Trebitsch nach dem Haag, in dem es heißt: Sozialistische Partei und Unabhängige sozialdemokratische Partei lenken dringend Auseinandersetzung sozialistischer Parteien neutraler Länder auf. Inhalt Waffenstillstandsbedingungen, da sie Fortsetzung der Verhängung der Auszehrungspolitik bedeuten. Wenn die Blockade bestehen bleibt, wenn die Beschränkung der deutschen Schifffahrt andauert, ist, wenn 3000 Lokomotiven und 150 000 Eisenbahnwaggons gelöscht werden, wo die Hälfte des Materials bereits gebräuchsfähig. Wenn fremde Bevölkerungsstruppen aus deutscher Erde verpflegt werden, ist die Volksnährung Deutschlands geradezu unmöglich. Bitte deshalb sozialistische Internationale um Unterstützung zwecks Aufhebung der Forderungen der imperialistischen Regierungen diktieren Waffenstillstandsbedingungen, die aus Schärfste die revolutionären Arbeitermassen und Soldaten der deutschen sozialistischen Volksrepublik treffen müßten.

Ein „Rat geistiger Arbeiter“.

Berlin, 11. November. Im Anschluß an den Arbeiter- und Soldatenrat hat sich am 10. November im Reichstag ein „Rat geistiger Arbeiter“ konstituiert. Er wirkt für die politischen Ideale auf dem Boden der sozialistischen Republik. Wer mitwirken will, werde sich schriftlich an: „Rat geistiger Arbeiter“, Reichstag, Zimmer 15, bei Dr. Kurt Müller, Siegfried Jacobsohn, Major Biegel, Rudolf Leonhard, Leo Matthias, Dr. Herbert Müller, Dr. Helene Stöcker, Frau Thiele und Armin Wegner.

Zur Flucht des Kaisers nach Holland.

Haag, 11. November. Die Flucht des Kaisers nach Holland soll schon längere Zeit geplant gewesen sein. Holländische Männer sprechen heute die Vermutung aus, daß der niederländische General Heutz, der vom deutschen Hauptquartier die Erlaubnis bekommen hatte, die Westfront zu besuchen, der erste war, an dem man mit der Bitte um Gastfreundschaft für den Kaiser herantrat. Im Gefolge befinden sich etwa 40 Generale und einige hohe Beamte. Angeblich befindet sich unter ihnen auch Hinze, dagegen sollen die hier umlaufenden Gerüchte sich nicht bewähren, daß Ludendorff oder gar Hindenburg sich in der Begleitung des Kaisers befinden. Ebensoviel weiß man etwas Genaueres darüber, daß auch der Kronprinz und die Kaiserin i. Holland eingetroffen seien. In Begleitung des deutschen Gesandten v. Rosen begaben sich einige hohe Beamte der niederländischen Regierung und einige Generale nach Eydern, wo nach Überquerung der Grenze der Kaiserliche Zug hielt. Der Kaiser, der auf den Rat dieser Delegation den Uniformrock mit der Ziwillkleidung vertauschte, wird in Schloss Auerburg interniert und militärisch bewacht. Ebenso wie sein militärisches Gefolge interniert werden. Die deutsche Gesandtschaft gibt die Erklärung ab, daß sie sich durchaus zur Verfügung der neuen Regierung halten und daß ihr Bestreben vor allem darauf gerichtet sei, der Einheit und Ordnung innerhalb des Deutschen Reiches zu arbeiten.

Ausführung der Republik in Polen.

Warschau, 12. November. Die Polen, die an der Ausschaltung ihres Landes zur Republik durch die bisher dort herrschenden Zustände verzweifelt wurden und auf die Flucht des Kaisers

bestimmungsrechts infolge der verhüllten Bewegungsfreiheit aus einandergehen, sich ferner in verschiedene sich gegenseitig bekämpfende Gruppen zerplitteten, fordern jetzt gemeinschaftlich die Ausrufung Polens zur Republik ohne Monarchen. An die Spitze soll sich Daszyński stellen. Als oberster Diktator wird Piłsudski genannt.

Revolutionäre Bewegung auch in Frankreich.
zu Genf, 12. November. Trotz der eifigen Bemühungen der französischen Regierung, über die Bewegung im Innern des Landes in den letzten Tagen möglichst wenig bekannt werden zu lassen, läßt sich die Tatsache nicht länger verschweigen, daß auch in Frankreich seit zwei Tagen eine Arbeiter- und Volksbewegung ausgebrochen ist, die sich ziemlich rasch entwickelt. In Paris fanden große Versammlungen und Umzüge statt. Die sozialistische Sektion St. Louis hält eine große Versammlung ab, in der Marcel Cachin, Longuet und Mayenne gegen die Regierung auftreten. Cachin war Clemenceau vorerst den Bölkern zu vereiteln. In Paris fanden Kundgebungen statt. Die Bewegung ist überall im Unschwanken. In Paris kursieren Gerüchte von der Bildung von Soldatenräten an der Front, die mit den deutschen Soldatenräten in Verbindung getreten seien.

Wie der „Berliner R. Nachr.“ aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, hat an verschiedenen Stellen der Front zwischen deutschen und französischen Soldaten eine Verbrüderung stattgefunden. Nach der einen Meldung soll Generalissimus Soch auf der Flucht sein, nach einer andern soll er sogar einem Anschlag zum Opfer gefallen sein. Eine Bestätigung dieser Meldung, die wir unter allem Vorbehalt wiedergeben, liegt bisher nicht vor.)

Schweizer Truppenaufgebot zur Verteidigung gegen die drohende Revolution.

Bern, 11. November. Meldung der Schweizerischen Deutschenagentur. Angesichts der allgemeinen inneren und äußeren politischen Lage ordnete der Bundesrat die sofortige Mobilisation einer Anzahl von Körpern der ersten, dritten, vierten, fünften, sechsten Division an. Augenblicklich ist die Lage ruhig. Der Bundesrat berief auf Dienstag, den 12. November, vormittags 11 Uhr, die Bundesversammlung ein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutschen Eisenbahner für Aufrechterhaltung der Ordnung.
WZB. Berlin, 10. November. Der Arbeiter- und Soldatenrat teilt mit: Über 10 000 Eisenbahnarbeiter und Angestellte hatten im Zirkus Busch und an einer anderen Stelle eine Versammlung und nahmen einmütig folgende Resolution in: Die deutschen Eisenbahner erklären, mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung des Verkehrs Sorge zu tragen. Sollten sich gegenrevolutionäre Bewegungen zeigen, so wird der Verkehr sofort eingestellt werden.

Ebert über den Sieg der Republik.

Reichskanzler Ebert empfing gestern Nacht einen Vertreter des „Holländisch-Nieuws Bureau“ und gab ihm folgende Erklärungen:

„Die Sache der Freiheit hat heute in Deutschland einen ihrer großen Siegestage erlebt. Das deutsche Volk hat gestagt und die altparlamentarische Herrschaft der Hohenzollern, Wittelsbacher, Welfen usw. gestürzt. Deutschland hat seine Revolution vollendet. Formell hat zwar Prinz Max, der bereits seinen Abschied eingezogen hatte, nach der Abdankung des Kaisers die Kanzlerschaft an mich abgegeben. Tatsächlich hat mich jedoch das Volk durch seinen unmittelbaren Willensakt zum Kanzler gemacht. Als wir heute früh aus der Regierung antraten, weil die Kaiserfrage noch nicht nach unserm Willen erledigt war, haben die Soldaten und Arbeiter Berlins sich fast einmütig für uns erhoben und die ganze alte Regierungsmaschine stillgelegt. Wir haben schon tatsächlich alle Macht in Händen gehabt, ehe die Vertreter der alten Herrschergewalten sie uns übertrugen. Diese Entwicklung hat sich in Deutschland seit Kriegsbeginn von langer Hand angebahnt und wäre wohl bei jedem Friedensschluß als bald zum Durchbruch gekommen. Aber jetzt wird wohl auch der Zweifelhaftigste erkennen, daß es mit dem Monarchismus und Imperialismus in Deutschland endgültig vorbei ist. Wer nur aus Besorgnis vor diesen Mächten oder aus Hass gegen sie uns bekämpft hat, muß nun völlig aufzudecken sein. Die deutsche Republik wird keinen höheren Ehrgang kennen als den, die Deutschen zu schaffender Friedensarbeit zusammenzufassen. Die konstituierende Nationalversammlung der deutschen Volksrepublik wird eine Regierung einsetzen, die so genau, wie das menschlich überhaupt möglich ist, dem Volkswillen entspricht.“

Auf die Frage, ob das neue republikanische Regime noch größere Kämpfe zu bestehen haben würde, ehe es sich endgültig festgesetzt, antwortete Reichskanzler Ebert: „Unser Sieg ist fast unblutig, ich möchte fast sagen leicht und vollständig gewesen. Daß die alten Gewalten sich noch einmal zum Kampfe um die Macht stellen könnten, scheint mir gänzlich ausgeschlossen. Deutschlands künftige Staatsform ist die Republik und der freie deutsche Volksstaat wird sich glücklich fühlen, im Bündne der freien Nationen ein gleichgeschätztes Mitglied zu werden.“

Die Berliner Schutzmannschaft im Dienste des Arbeiter- und Soldatenrates.

Die „Berl. Morgenpost“ berichtet: Die gesamte Berliner Schutzmannschaft hat sich dem Arbeiter- und Soldatenrat unterstellt. Sie ist beauftragt, vom Montag ab in Gemeinkost mit den Soldaten in ihrer alten Uniform mit roter Witte und ohne Waffen den Dienst für die öffentliche Ordnung und Sicherheit wieder anzunehmen.

Frankfurt der Ort der Nationalversammlung.

Die fortschrittliche Volkspartei in Frankfurt a. M. brachte folgenden dringenden Antrag in der Stadtordneten-Versammlung ein: Die Stadt Frankfurt a. M., noch erfüllt von der großen Liebhaber der Jahre 1848, bittet die Reichsregierung, die verfassunggebende Versammlung nach Frankfurt in die Paulskirche zu entbinden, deren Pforten sich vor allem auch den Abgeordneten Deutsch-Österreichs öffnen würden.

An die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Lübecker Behörden!

Der Vorstand des Lübecker Soldaten- und Arbeiterrates bringt hierdurch zur allgemeinen Kenntnis, daß am gestrigen Tage unsererseits Ablösungen in die einzelnen Behörden entsandt worden sind, die an anderer Stelle veröffentlicht werden.

Wir bemerken dazu, daß wir nicht die Wünsche haben, in irgendeiner Weise störend in den bisherigen Verlauf der Amtsgeschäfte einzugreifen; erwarten jedoch andererseits von allen Beamten, Angestellten und Arbeitern — auch wenn sie nicht auf dem Boden unserer Bewegung stehen — die Erfüllung ihrer Pflichten in der bisher gewohnten Weise. Bei Nichterfüllung dieser, uns selbstverständlich erscheinenden Voraussetzung, müssen wir auf die Entfernung der fraglichen Personen bestehen. Erwaggen, an uns herantretenden Wünschen werden wir — soweit sie uns berechtigt erscheinen — näher treten und bitten wir, diese an die in Betracht kommende Abteilung zu richten.

Die gestern in unserem amtlichen Organ, dem „Lübecker Volksboten“, veröffentlichten Einigungsbedingungen der beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands verbürgen das Zustandekommen einer Verfassung, unter der sich jedermann wohl fühlen kann. Von dem drohenden Terrorismus kann keine Rede sein. Jeder, der in dieser Zeit seine Pflichten unentwegt weiter erfüllt, dient seinem Vaterlande und seiner Vaterstadt am besten.

Vom Bürgertum geäußerten Wünschen, in unserer Organisation mit vertreten zu sein, wird baldmöglichst Rechnung getragen werden. Es ist selbstverständlich, daß wir die volle Demokratie einführen werden, nur müssen wir erst selbst unsere Organisation aufgebaut haben, was nicht von heute auf morgen geschehen kann. Es wird aber in allerkräftigster Zeit ermöglicht sein.

Lübeck, den 12. November 1918.

Der Vorstand des Soldaten- und Arbeiterrates.

Sehr. Reichsfeldt. Hegermann. Eberhardt. Weiß.

Mehrlein. H. Ohlers. Rocken. Ros. Haut.

Stab unter der roten Fahne.

Das Hissen der roten Flaggen auf den öffentlichen Gebäuden als Gruß der deutschen Städte an die neue deutsche Volksrepublik gestaltete sich zu einer imposanten Volksfestgebung. Viele Klingendes Spiel zog heute mittag ein Teil der Garnison auf dem Marktplatz, wo sich auch bald — unter Vorantragung der 50 Jahre alten roten Fahne der sozialdemokratischen Partei — Abordnungen der Betriebe einfanden. Der Vorsitzende des Soldatenrates, Wehrmann Beiz, ein zweiter Soldat und das Arbeiterratsvorstandsmitglied Mehrlein hielten begeisterte Ansprachen und brachten ein mit brausendem Beifall aufgenommenes Hoch auf die neue deutsche Volksrepublik aus.

Die Militärmusik spielte dann die Marschalle, während mit roten Fahnen geschmückte Flugzeuge der Krieger-Schule Blankensee unter dem Beifall der Wience den Marktplatz umkreisten. Dann bewehte sich ein langer Zug aus dem die rote Fahne unserer Partei hervorleuchtete, durch die Straßen der Stadt. Wir standen von fern und das einzigartige Schauspiel kam uns vor wie ein Märchen. Über es ist wirklich wahr, der Sieg des Sozialismus ist zur Tatsache geworden. Wenn auch die sozialistische Ordnung nicht in 24 Stunden errichtet werden kann, so ist doch die erste Gruppe zu ihr erreicht. Jetzt heißt es, arbeiten und weiterbauen, als aufrichtige und ehrliche Demokraten dem deutschen Volke ein freiheitliches Staatsleben zu schaffen. Ihr seid nicht unsonst gestorben, Ihr Leute, die für draußen in fremder Erde die ewige Ruhe gefunden. Ihr habt Euren Vaterlande die Freiheit erkämpft, die sich nicht von fremder Gewalt demütigen lassen wird. (Näherer Bericht über die gehaltenen Reden erfolgt eventuell morgen.)

Die Fortführung der Tätigkeit der Kriegsmannschafts-Alte zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft im 9. Armee-Korps wird als unbedingt erforderlich anerkannt und die ununterbrochene Weiterführung in der bisherigen Weise geschieht mit Zustimmung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Altona, den 10. Nov. 1918.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Hamburg-Altonas.

gez. Schiemer. gez. Seize.

Der Abschied des Lübecker Senats von Wilhelm II.

Bei der Abdankung des Kaisers sah sich der Lübecker Senat zu nachstehendem Huldigungstelegramm veranlaßt:

9. November 1918.

An des Kaisers Majestät

Großes Hauptquartier.

Der auf dem Rathause versammelte Senat empfängt in tiefer Bewegung die Hände, daß Eure Kaiserliche und Königliche Majestät sich entschlossen haben, dem Throne zu entsagen. Alzeit bereit für des Reiches Herrlichkeit dichtet der Senat ehrfurchtsvoll, seine nie verlöschende Dankbarkeit zum Ausdruck bringen zu dürfen für alles, was Eure Majestät in dreißigjähriger Arbeit für das Wohl des Reiches erstrebt und erreicht haben, insbesondere auch für so viele Beweise fairerlicher Huld und Fürsorge, deren sich Senat und Bürgerschaft unserer freien Stadt von jeher zu extremen gehabt haben.

Der Senat der freien und Hansestadt Lübeck

Bürgermeister Dr. Fehling.

Vom Lübecker Senat ist bei mancherlei Anlässen an Wilhelm II. telegraphiert worden. Es berührt deshalb kein menschlich nicht unempathisch, wenn er dem gefallenen ehemals Hochgestellten noch beim Sturz telegraphisch seine Dankbarkeit ausdrückt. Aber die Gefühle des liebsten Volkes hat der Senat weder früher noch in diesem seinem letzten Kaisertelegramm zum Ausdruck gebracht.

In Ruhe.

Der Senat hat am 11. ds. Ms. den Senatorn

Johann Hermann Eschenburg,

Johann Georg Eschenburg, d. R. Dr.

Eduard Friedrich Wilhelm Rabe

die nachgeführte Versehung in den Ruhestand in Gemäßigkeit der Bestimmungen des Gesetzes vom 7. April 1875 gewährt.

Senator Dr. Eschenburg vertreibt den Senat in den Verhandlungen mit der Bürgerschaft und dem Bürgerausschuß. Er ist 1844 geboren und trat 1885 in den Senat ein. Senator H. Eschenburg war Vorsitzender der Finanzbehörde und seit 1884 Senator. Er ist 1844 geboren. Senator Rabe war gleichfalls besonders in der Finanzbehörde tätig, 1844 geboren und seit 1906 Mitglied des Senates.

Wegen Stockung im Westen ist die Annahme gewöhnlicher Wert- und dringender Pakete von Privatpersonen nach den Städten Aachen, Trier, Koblenz, Köln, Düsseldorf, Dortmund, Münster und Minden und innerhalb dieser Bezirke für 12, 13 und 14. gesperrt.

Die Postzeitung für die Wirtschaften und Kaffees ist jeden Sonnabend auf 10½ Uhr und Sonnabends und Sonntags auf 11½ Uhr abends zeitgerecht worden.

Auf der Heimreise gestrandet. Auf der Heimreise von Schweden nach Lübeck ist der Hamburger Dampfer „Mare“ an der schwedischen Küste gestrandet. Über die Lage des Schiffes ist bis jetzt noch nichts bekannt. Wie aus Hernöland gemeldet wird, ist die schwedische Bergungs-Gesellschaft Neptune mit der Bergung des Dampfers betraut worden. Der Bergungsdampfer „Neptune“ ist bei der Strandungsstelle angekommen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden im Monat Oktober in 168 Fällen gemeldet. Davon betrugen 145 Fälle (8 tödlich verlaufen) Diphtherie, 12 Charak, 7 Masern, 2 (1 tödlich) Typhus, 1 Gelenktzisterne, 1 (tödlich) Wogenentzündung.

Stadttheater Lübeck. In der Mittwoch-Vorstellung von „Carmen“ wird Herz Wagner den Foje singen. Am Sonntag findet eine Wiederholung der Einführungs-Vormittags-Vorstellung von „Frühlings Erwachen“ statt, mit der Aufführung von Frank Wedekinds „Jenifer“. Es kann bekannt gegeben werden, daß auf vielfachen Wunsch eine Sondervorstellung von „Frühlings Erwachen“ am Donnerstag, dem 19. Dezember stattfindet. Wegen der jüngst unter 18 Jahren haben zu dieser Vorstellung keinen Zutritt.

Fürstentum Lübeck. Ein Soldaten- und Arbeiterrat mit dem Sitz in Gutin ist auch für das Fürstentum Lübeck errichtet worden. Die Behörden arbeiten weiter wie bisher. Der Regierung sind drei Parleymen gegeben worden.

KF. Stodolsdorf. Der Arbeiterrat. Der am 9. ds. Ms. gebildete Arbeiterrat trat heute, Sonntag, mit dem amtierenden Regierungsdirektor in Verhandlung und erzielte eine Nebeneinkommen, das den fast vollzähligen erschienenen Einwohnern vorgelegt wurde. Zur Besserung der Lebensmittelfrage tritt unser Genossen Westhälting mit in den Gemeindevorstand ein. Der Arbeiterrat besteht aus folgenden Personen: H. Rönnfeldt, M. Giese, H. Westhälting, E. Schmidt, K. Zick als Vorsitzender. Allen es recht zu machen, ist unmöglich, aber es soll den Wünschen der Bevölkerung in jeglicher Beziehung entgegengestellt werden.

Hamburg. Eine Sitzung des Arbeiterrates fand gestern morgen im Gewerkschaftshaus statt, die von allen 30 Delegierten besucht war. Auf Vorschlag Dittmanns wurde ein Präsidium gewählt, in dem je ein Vertreter der drei sozialistischen Parteien, ein Vertreter des Gewerkschaftsbundes und drei Vertreter der Betriebsdelegierten Sitze und Stimme haben sollten. Nachdem sich die verschiedenen Richtungen untereinander verständigt hatten, besteht das Präsidium aus folgenden Genossen: von der sozialdemokratischen Partei: Große; von den Unabhängigen: Dittmann; von den Linkeradikalen: Dr. Lauffenberg; vom Gewerkschaftsbund: Henle; von den Betriebsdelegierten: Sider, Schnoor und Schneider. Zum Vorsitzenden des Arbeiterrates wurden die Genossen Große und Dr. Lauffenberg vorgeschlagen. Bei der Wahl wurden 14 Stimmen für Große und 16 Stimmen für Dr. Lauffenberg abgegeben. Dr. Lauffenberg ergab somit den Vorsitzenden des Arbeiterrates gewählt worden.

Der Senat bat, wie das „Hamburger Echo“ berichtet, beschlossen, sich entschieden für die Fortsetzung der Soldaten einzuleben. Auf alle Fälle wird er dafür sorgen, daß die Ernährung und Lohnung der Soldaten, namentlich der, die in den sogenannten Sammelkompanien sind und die der Aufstand der Revolution hierher verschlagen hat, unter allen Umständen sichergestellt wird. Irgende welche Schwierigkeiten werden in dieser Beziehung nicht eintreten. — Aufzeichnung der Opfer im Rathaus. Die auf Seiten des Arbeiter- und Soldatenrates bei den Unruhen in Hamburg Gefallenen sollen im Rathaus feierlich aufgebahrt werden. Als Tag der Beisetzung ist der Montag oder Dienstag in Aussicht genommen. — Die Kreisgesetzgebung soll am 1. November abgehalten werden. Alle Delegierten-Versammlungen ab, und zwar die Russen, die Franzosen, die Engländer und die Italiener.

Kiel. Die Opfer der Revolution. Montag sind die leichten Opfer der Revolution vom Sonntag und Montag zu Grabe getragen worden. Die Bestattung ging in feierlicher Weise vor sich. Die Marinetafel schwie am Grabe, um das Sargende von Matrosen standen. Gouverneur Noske hielt eine kurze und packende Ansprache. Er gab dem Wunsche Ausdruck, daß die dort bestatteten Matrosen zu den letzten Opfern des Krieges gehörten mögen. Ihr Tod hätte dazu beigetragen, daß die Menschheit nur mehr in Sicherheit, Freiheit und Glück leben könnte. Nach der Beerdigung bewegte sich ein Zug von Tausenden von Matrosen mit roten Fahnen und Klingendem Spiel durch die Straßen von Kiel. — Ein entlarvter Gauner. Am Sonnabend abend wurde Oberleutnant Carls vom 1. Infanterie-Bataillon verhaftet, weil er sich im Laufe der Zeit eine große Menge von Lebens-, Genussmitteln und Liebesgaben angeeignet hatte, die dem Bataillon gehörten. Die Verhaftung und Verbrauch des Gauners ist um so gerechtfertigter, als der Dünker eins einige Mannschaften, die sich eines Kartoffeldiebstahls schuldig gemacht hatten, nicht nur mit 28 Tagen Arrest bestraft, sondern sie vor verfamilieter Mannschaft als vaterlose Gesellen beschimpfte, die den reinen Schild des Bataillons beschädigt hätten, und erklärte, sein Eigentum lieber von Hundten als von Matrosen bewachen zu lassen. Jetzt kann er ja am eigenen Leibe erfahren, wie gut die Matrosen zu bewachen verstehen.

Schwerin. An der Grenze erschossen. Der Major in Osterholz bei Rønnerup hatte einen jungen Knecht, der, wie es viele, sich über die dänische Grenze stahl, um drüben einzukaufen. Der junge Mann hat dann auch einen Anzug gekauft und wollte wieder zurückkehren. Er wurde vom Wachposten angerufen, antwortete aber nicht. Ein Schuß fiel, und er wurde tödlich getroffen.

Neueste Nachrichten.

Die deutsche Regierung ersucht um schnellen Beginn der Friedensverhandlungen.

WZB. Berlin, 12. November. (Amtlich.) Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika folgende Note gerichtet:

Nachdem nunmehr der Waffenstillstand abgeschlossen ist, bittet die deutsche Regierung den Präsidenten der Vereinigten Staaten, den Beginn der Friedensverhandlungen in die Wege leiten zu wollen. Der Beschluß einer halber schlägt sie vor, zunächst den Abschluß eines Präliminarenfriedens ins Auge zu fassen und ihr mitzuteilen, an welchem Ort und zu welchem Zeitpunkt die Verhandlungen beginnen können.

Wegen drohender Lebensmittelnot legt die deutsche Regierung auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert.

gez. Wolf, Staatssekretär des Auswärtigen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Löwigt.
Berleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Günstig in Lübeck.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H.

Holstenstrasse 25-33

Lübeck

Flammentaler' 15
Best. Harzspiritus-Ersatz,
sehr ausgiebig im Gebrauch
Tafel

"Linkao" 75
Idealste Haut-Wasch-Creme, macht die Haut
zart u. geschmeidig, Tube

"Regosan" 100
Hochwertiges, kosmetisches
Präparat. Besteigt scharf
alle Hautunreinigkeiten. Kart.

Zur Haarpflege

Flüssige Teer-Haarwäsche	Fl. 8.50
Franzbranntwein	Flasche 2.50
Bay-Rum	Flasche 2.75
Kamillen-Haarwasser	Flasche 3.25
Granat-Haarwasser	Flasche 3.00
Brennessel-Haarwasser	Fl. 8.25
Haarpomade, fein parfümiert	1.75
Leichners Brillantine	Tube 1.50
Leichners Brillantine Glasdose	5.25
Flüssige Brillantine	Flasche 1.50
Haaröl	Flasche 2.75 2.25
Stangenpomade „Divinia“ Wolff & Sohn	2.00
Mouson's Olivianharz-Pomade	1.95

Zur Mundpflege

Zahn- u. Mundwasser Flasche	95s
Eucalyptus-Mundwasser	Fl. 1.50
Odonta-Zahn-Wasser	Flasche 2.50
Kosmin-Mundwasser	Flasche 3.50
Triumphator-Gurgelwasser	1.50
Pergenol-Mundw.-Tabletten	1.90
Zahnpulver, fein parfümiert	20s
Pfefferminz-Zahnpulver Wolff & Sohn	50s
Chlorodont-Zahncreme	Tube 90s
Zahnpasta, F. Wolff & Sohn, Glasdose	1.00
Bergmanns-Zahnpasta	Dose 1.50

Zahn-Bürsten

2.25 1.95 60s 48s 30s

Häntzsches echte
Garkennmilch

175

gegen Hautrötung, rauhe und
spröde Haut, nicht zu ver-
wechseln mit schminkeart.
Mitteln.

150

Resaderma-Creme
nicht fettende Hautcreme
für Damen mit bleicher
Teint, in praktischer Tu-
packung

1

Hans Schwarzkopfs
Peruyd-Zahnpulver
rengt, konserviert und
desodorisiert die Mund-
höhle u. d. Zähne. Streukarton

25

Große beachtenswerte Spielwaren-Ausstellung im 2. und 3. Stock.

Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates.

Der Dienst beim Bezirkskommando

wird von den bisherigen Organen ausschließlich Offiziere, in der alten Weise fortgeführt. Die Wiedereinführung und auf die Zeit von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 1 Uhr beschränkt. Die bisher Berücksichtigten werden weiterhin zugeteilt.

Neueinstellungen finden nicht statt.

Sämtliche Meldungen, die bisher beim Bezirkskommando anzuzeigen waren, sind weiterhin dort anzubringen.

Diese Anordnung ist unbedingt Folge zu leisten.

Die Mannschaften des Bezirkskommandos handeln in ihren Dienstleistungen im Auftrage des Soldaten- und Arbeiterrates.

Der Soldaten- und Arbeiterrat Lübeck.

Seitg. Bremm. (5582)

Bekanntmachung des Soldaten- und Arbeiterrates.

Sämtliche im Bereich der Garnison Lübeck sich aufhaltende Offiziere, die der Garnison angehörenden und die berlaubten, versammeln sich am 18. November, mittags 12 Uhr, im hinteren Saal der Schweizergesellschaft zu einer Besprechung mit Herrn Major Stavenhagen.

Anzug: Uniform oder Zivil (freigestellt).

5598

Der Soldatenrat.

Weiß.

Regelung des Gasverbrauchs.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat wird bekannt gegeben, daß wegen Stockung der Kohlenzufuhr die Gasentnahme bis auf weiteres in den Zeiten von

früh 7 1/2 Uhr bis vormittags 10 1/2 Uhr

nachmittags 1 1/2 " nachmittags 4 1/2 "

abends 10 1/2 " fröh 4 1/2 "

verbunden. Zu widerhandlungen ziehen Absperrung der Leitung oder Entfernung des Gasmeisters nach.

In den vorgenannten Sperrzeiten wird der Druck im Leitungsnetz der Gasleitung auf ein Mindestmaß zurückgenommen. Die Sperrzeiten werden verlängert, falls obiges Verbot nicht in ausreichendem Maße Folge gegeben werden sollte.

Um Gasentweichungen, das Verlöschen von Bündflammen und die Ansammlung von Lust in den Gasleitungen zu verhindern, werden die Gasabnehmer dringend ermahnt, die Absperrhähne zu Brennern, Kochern und sonstigen Verbrauchssapparaten während deren Nichtbenutzung sorgfältig geschlossen zu halten. Ständig brennende Bündflammen sind abzufeuern.

Lübeck, den 11. November 1918. (5585)

Die Betriebsbehörde.

Elektrizitätsverbrauch.

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat wird die nachstehende Bekanntmachung mit dem Bemerkten in Erinnerung gebracht, daß Zu widerhandlungen gegen die erlassenen Vorschriften unanständig nach Abzug 3 bestraft werden.

Lübeck, den 11. November 1918. (5586)

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung betreffend die Regelung des Elektrizitäts- verbrauchs.

Auf Anordnung der Kriegsamtstelle Altona und im Einvernehmen mit dem zuständigen Betriebsmann des Reichskommissars für die Kohlenverteilung, Abteilung Elektrizität, werden für elektrische Anlagen, welche an die Leitungsnähe der städtischen Elektrizitätswerke Lübeck, Travemünde und Schleswig angeschlossen sind, folgende Bestimmungen erlassen und sofort in Kraft gesetzt.

Der Betrieb von Elektromotoren ist in den Zeiten von 5-8 Uhr morgens und von 5-9 Uhr abends untersagt. Der Betrieb von elektrisch betriebenen Personenaufzügen wird verboten, desgleichen die Benutzung elektrischer Heize- und Kochapparate. Bezüglich der elektrischen Beleuchtung in gewerblichen und industriellen Betrieben, in Läden, Kontoren, Büros und Wohnungen wird darüber Einschränkung zur Pflicht gemacht. In Beleuchtungsräumen mit mehreren Lampen darf jeweils nur eine Lampe brennen. Bei Gruppenabschaltung nur eine Gruppe mit höchstens 3 Lampen benutzt werden.

Abnehmer, die Elektromotoren in den vorgenannten Zeiten oder elektrisch betriebene Personenaufzüge benutzen, werden sofort vom Leitungsnetz abgetrennt. Genauso haben Abnehmer, die den Anordnungen des Betriebsmannes oder seiner Troststellen nicht entsprochen und der Benutzung ihrer Leistungsfähigkeit nicht entsprechend nachkommen, die Einschränkung der Stromlieferung zu gestehen.

25. September 1918.

Die Betriebsbehörde.

Seitg. Dr.

Löhnsfrage!

Sämtliche Soldaten erhalten Löhnnung und Verpflegungsgelder nur von ihren zuständigen Kompanien resp. Ersatz-Truppenteilen.

Der Soldatenrat Lübeck.

Seitg. Beiß. (5590)

Polizeistunde.

(Veröffentlicht am 12. November 1918.)

Im Einvernehmen mit dem Soldaten- und Arbeiterrat verordnet das Polizeiamt auf Grund des § 3 der Bundesstrafverordnung über die Ersparnis von Brennstoff- und Beleuchtungsmitteln vom 11. Dezember 1916:

Die Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sowie die Kaffees in der Stadtgemeinde Lübeck sind um 10 1/2 Uhr, an den Sonnabenden und Sonntagen um 11 1/2 Uhr abends zu schließen.

Lübeck, den 11. November 1918. (5572)

Das Polizeiamt.

Der Rat der vereinigten Berufe

welcher in unserer Stadt aus Wahlen der Berufsorganisationen der Kaufleute, Industriellen, Gewerbetreibenden, Landwirte, Gelehrten, Staats- und Privatbeamten gebildet worden ist, hat am heutigen Tage seine Tätigkeit aufgenommen. Die Büros befinden sich im Hause der „Gesellschaft zur Förderung gemeinnütziger Tätigkeit“ Königstraße Nr. 5. (5579)

Mitteilung.

Die Geschäftsräume des Rates der Vereinigten Berufe befindet sich im Hause der Gesellschaft gemeinnütziger Tätigkeit, Königstraße 5. Geschäftszzeit von 9-2 Uhr vormittags u. 4-7 Uhr nachmittags. Fernsprecher 441.

Rat der vereinigten Berufe.

Seitg. Eschenburg. H. Ambrasius. W. Planthafer. (5591)

Vom 11. November ab verfehren bis auf weiteres zwischen Lübeck und Riel die Bzg. 674, 678, 677, 682 und 681 zwischen Lübeck und Uelzen die Bzg. 751 und 752. Schnellzüge D 63 und D 64 fallen aus. Nächste Auskunft erteilen die Bahnhöfe und Fahrtartenabgaben. (5577)

Lübeck, d. 11. Nov. 1918.

Die Direktion der Lübeck-Eisenbahngesellschaft.

Heute nachmittag entschließt mein herzensguter Mann, unser lieber guter Vater und Großvater

A. Prahl

im 62. Lebensjahr. Tief betrübt von den Seinen. (5576)

Marie Prahl geb. Röhling nebst Kindern und allen Verwandten.

Lübeck, d. 10. Nov. 1918.

Mühlenweg 75.

Beerdigung Freitag, den 15. November, nachmittags 3 Uhr, in Genin.

Ein zweinägiger Handwagen zu verkaufen. Tragk. 7-8 Zt. (5575)

Gleisgitter 92, I. r.

Ein Herrenfahrrad mit fahrtbereit.

Sperrzeit 1. November 1918. (5578)

Carl Tollgreve, Königstr. 92.

Freitag, den 15. November

Carmen.

Donnerstag, den 14. November

König Grieshaar.

5. Vorstellung für die Schauspielgemeinde.

Gelbe Karten.

Freitag, den 15. November

Waffenschmied.

Sämtliche Vorstellungen be-

ginnen 7 Uhr.

Voranzeige.

Sonntag, den 17. November,

findet wieder eine Vormittagsvorstellung statt.

Vorkaufsrecht haben die Mitglieder

der Schauspielgemeinde.

(Gelbe Karten.)

Gesagt 3. — Mt. mehr.

(5578)

Keine Kohlennot mehr.

Mein Ia. Bremervörder Brenntorf brennt in jedem Ofen u.

Heiz. Ein Versuch führt zu dauerndem Gebrauch und empfiehlt

dieselben ohne Marken zu billigstem Lagespreiz.

Kiefernholzholz à Sac 3. — Mt. à im 40. — Mt.

Gesagt 3. — Mt. mehr.

(5578)

Johs. Mustin, Friedenstr. 78.

Lager: Warendorferstr. 22. Vermis 2740.

200 gebrauchte 15-cm-Hölzer, 2-3 m lang, à m. 1.25 Mt.

Das Frauenvahlrecht.

Als die jetzt erledigte Kaiserfrage sich kürzlich in ihren ersten Stadien erhob, hat der „Vorwärts“ die Forderung der Ausschaltung des persönlichen Regiments mit der Argumentation vertreten, diese Regierungsmethode stelle seit dem Sturz des russischen Zarismus eine gänzlich vereinzelte und darum unhaltbare Regelwidrigkeit im Völkerleben dar. Wo noch Monarchien beständen, wie z. B. auch in einigen der gegen uns verbündeten Ländern, sei der Krieg lediglich die Aufgabe der äußeren Repräsentation verblieben, während die eigentlichen Regierungsgeschäfte in der Hand einer aus der Volksvertretung hervorgegangenen obersten Behörde lägen. Die Ententesforderung auf Abschaffung unseres persönlichen Regiments sei deshalb durchaus erklärlich und die Befreiung, es heute, im Zeichen tiefer Umwälzungen, dennoch aufrecht zu erhalten, seien gänzlich unhalbar.

Diese Behauptung und diese Schlussfolgerung des „Vorwärts“ waren zweifellos folgerichtig. Mit gleicher Folgerichtigkeit lässt sich aber auch die Notwendigkeit und Unabwesenbarkeit des Frauenvahlrechts vertreten. Auch die Frauenfrage steht heute im Zeichen der Umwälzungen und insbesondere das Frauenvahlrecht ist heute schon in mehr Ländern vertreten, als ihrer zu zählen sind, die es noch nicht haben, es sei denn, man ziehe zum Gegenbeweis das dunkle unpolitische Afrika mit heran. Der internationale Siegeszug des Frauenvahlrechts aber darf erst recht nicht an den Grenzen eines Landes Halt machen, dessen revolutionäre Entwicklung eine Volksvertretung und eine Regierungsform auf dem Boden der Demokratie erschafft. Von ihrem Standpunkt aus geht es nicht an, nun ein persönliches Regiment der Männer zu stabilisieren und die weibliche Hälfte der Bevölkerung nun doch noch von den Staatsbürgerrichten ausgeschlossen zu halten. Wir Frauen in Deutschland sind zuzufügen auch „nützliche Mitglieder der menschlichen Gesellschaft“.

Die Begründungen, mit denen man das Frauenvahlrecht bislang zurückwies, sind teils als unrichtig, teils als direkte Heuchelei anzusehen. Man sagt uns, man will uns das Frauenvahlrecht nicht geben, nicht weil man uns für zu gering, sondern weil man uns für zu gut hält, dieses Vorzugs teilhaftig zu werden. Wenn es der gute alte Spießbürger ist, den die Sorge quält, durch Politisierung könne der Frau der „beste Teil ihres weiblichen Wesens“ vorüber gehen, so antworten wir ihm: die Politisierung der Frau ist ohnedem nicht mehr aufzuhalten. Die Frau seiner geliebten alten Lebensform ist unüberbringlich dahin, die in ihrem Inneren eine kleine unberührte Insel der Privätslichkeit bilden konnte, unveransetzt, den Blick über die enge Gemeinschaft der Familie hinauszubehen. Es ist aber ein enger Käfig, zu meinen, dass die Frau, der man ihren heutigen Staatsbürgerpflichten und ihrem Staatsbürgerbewusstsein entsprechende Rechte gibt, deshalb eine schlechtere Gattin und eine nicht mehr so gute Mutter kommender Geschlechter sein werde. Im Gegenteil: Die Hingabe an die große Allgemeinheit innerhalb des Staates, die Mitverantwortung für die Probleme, die die Gesellschaft bewegen, werden das große Gut m e h r e n h e l f e n, das eine Frau als verstandenes, gütiges, häusliches Wesen ihrem Mann und ihrer Familie zu sein hat. Liebe, die sich verständnisvoll auch für das Wohl der Allgemeinheit betätigt, wird dadurch nicht aufgezehrt, sondern wächst dem Schenken in immer reicherem Maße wieder zu.

Hören wir aber das schöne Sprüchlein von der „Achtung vor der Frau“ von jenen bewusst reaktionären Kreisen verbreiten, die auch für die gleichen Staatsbürgerrichte für die Männerwelt niemals zu haben waren, so antworten wir diesen: es werden Millionen Frauen von der brutalen Not und Sorge in die Arbeit getrieben, es werden von Millionen Frauen tagtäglich Stücke ihres Lebens an den kapitalisti-

schen Profit gegeben, es werden Millionen Frauen in Verhältnisse gezwungen, die jegliche gesunde Entwicklung der Kinder verhindern, es werden Millionen Frauen und Männer dadurch viel gründlicher die Familien zerstört, als dies durch eine ewige entweiblende Folge des Frauenvahlrechts jemals geschehen könnte — und niemand von euch hätte etwas dagegen einzubringen. In eurem Munde ist das Sprüchlein von der Achtung vor der Frau und der Sorge, den Typus Weib nicht zu zerstören, immer nur eine bewusste Heuchelei gewesen, die jedoch bei immer weniger Frauen mehr verschwinden kann.

Man sagt uns auch, wir Frauen seien noch nicht reif, das Wahlrecht auszuüben. Das macht sich dann besonders schön im Munde solcher, die bisher alles getan haben, um den Bildungshunger der Frauen, ihre Bestrebungen, Verständnis für die öffentlichen Interessen zu gewinnen, da wo sie sich nur zeigten, stets ins Lächerliche zu ziehen. Wir könnten dagegenüber ja leicht pathetisch werden und darum: wer angesichts der Leistungen unserer Frauennelt in diesem Weltkrieg noch von ihrer politischen Unreife spricht, der beläßt sie in einer Weise, wie sie schwerer nicht denktar ist. Oder wir könnten uns auch in Schaubereien ergehen und uns darüber verbreiten, dass schon manchem Mann seine Frau mehr Weisheit gesagt hat, als er von zwanzig Männern zu hören bekam, oder dass mancher Mann gut durchschnittsmäßig ausgestattet ist und doch hinter seiner Frau um ein Beträchtliches zurücksteht. Aber wir schenken uns beides und fragen nur: Seit wann hat man denn das Wahlrecht nach der politischen Reife verliehen? Als die Konservativen in den 60er Jahren und Bismarck bei der Gründung des Norddeutschen Bundes für das allgemeine Reichstagswahlrecht eintreten, taten sie es ja gerade, weil sie die Massen ihrer Ostelbier für politisch unreif hielten und sie gegen den damaligen bürgerlichen Fortschritt wie gegen die auftauchende moderne Arbeitersklasse auszuspielen hofften. Und wann haben denn die frauenechtfeindlichen Herren etwa beim alten Preußenwahlrecht die Wähler erster, zweiter und dritter Klasse nach der politischen Reife eingeteilt? Trotzdem soll jedoch gar nicht geleugnet werden, dass noch viele Frauen nicht politisch reif, sondern recht unreif und gleichgültig sind. Aber das ist bei vielen Männern auch der Fall. Sonst hätten nicht so viele, bisher wenigstens, ihr Wahlrecht nicht ausgeübt oder einen so unvernünftigen Gebrauch davon genommen. Auf jeden Fall aber ist schon jetzt zu hoffen, dass wie bei ihnen so auch bei den Frauen die Zahl dieser Untreuen bedeutend kleiner ist, als vor dem Kriege. Und im übrigen gilt für die Frauen das gleiche wie für alle Menschen: „Der Besitz eines Rechtes erzieht den Menschen und macht ihn dazu geeignet, dieses Recht auszuüben.“ Die Frauen müssen hinaus und das Stimmrecht haben, um reif zu werden. Und ihnen das zu beschaffen, das gehört gerade zum Wege der Demokratie. Ihre Aufgabe ist es, möglichst vielen der Volksangehörigen die volle Eignung zur gleichberechtigten freien politischen Be-tätigung anzuzeigen. Also auch den Frauen. Es ist geradezu schämend, dass man auch von Schichten, die sich demokratisch nennen, noch dafür kämpfen muss, die Frau als gleichwertigen Menschen zu behandeln.

Aber das ist es ja gerade, so sagt man uns weiter, dass die Frau ihrer ganzen Natur nach in diesen verstandesmäßigen politischen Dingen nie dem Manne gleichwert sei. Die Frau ist zu sehr Gefühls-, viel zu sehr Triebwesen, um für die politischen Dinge ein rechtes Verständnis gewinnen zu können. Wir könnten wiederum sagen, dass mancher Mann mehr Gefühlsmäßiges als manche Frau besitzt, ohne dass man ihm deshalb das Wahlrecht abspricht. Aber lassen wir gelten, dass die Frauennatur andersartig als die des Mannes ist. Allein daraus folgt doch nicht, dass sie deshalb auch nicht ihm gleichwertig ist. Dass sie andersartig ist, liegt zum Teil auch an ihren Jahrhunderten ganz anderen Lebensüberlieferungen. Manche Fähigkeit wird sich bei der Frau

nur deshalb nicht entwickelt vorfinden, weil sie durch Erziehung, Schule, Beruf und Arbeitsleben weder bei ihr und noch weniger bei ihren weiblichen Vorfahren der vergangenen Jahrhunderte herausgebildet wurde. Aber das bezahlt nichts gegen ihre geistige Ausbildung in möglichkeit, wenn ihr Zeit und Gelegenheit geboten wird, über ihr heile fernliegende Dinge nachzudenken, und vor allem nichts dagegen, dass die Frau auch jetzt schon von mancher praktischen Frage des Lebens mehr versieht als der Mann und ungezählte unterer durch die Schule des Lebens und der Organisation gegangenen Arbeitersfrauen auch mehr von politischen Fragen als grete Kreise bürgerlicher Männer. Dass die Frau in vielen Dingen eine Einsicht und Sachkenntnis besitzt, die dem Manne abhanden gehen, haben die Erfahrungen mit ihrer Mitarbeit in gemeinschaftlichen Kommissionen gezeigt, die fast auf allen Gebieten besser arbeiten, als einseitig zusammengelebt.

Was hat man sonst noch gegen das Frauenvahlrecht einzubringen? Die Frauen sind nicht mit der Heeresdienstpflicht belastet. Vielleicht war der Mann, der Soldat sagt, selber nicht Soldat. Wir fragen einfach: Haben denn die vielen nichtgedienten Männer nicht auch das Wahlrecht? Können sie nicht sogar Abgeordnete und Regierungsmänner werden? Wir könnten auch fragen: Ist denn die Heerespflicht nicht genügend ausgeglichen durch andere Aufgabe, Kinder zu gebären? Das ist doch die erste Bedingung des späteren Soldatenspiels. Doch kann man im Ernst der ganzen Einwend überhaupt noch erheben, auch nach diesem Kriege? Wo Tausende Frauen blutenden Herzens im Felde hilfe brachten und auch ihr Leben nicht schonten? Wo Millionen Frauen Unbeschreibliches opfereten? Wir denken, wir lassen das.

Oder sollen wir nicht Wählerinnen sein, weil darunter der Haushalt leidet? Die Zeit zur Wahlausübung, die der Mann und die Arbeiterin in ihrem Beruf übrig haben, wird auch die Hausfrau sich abknappen können, ohne dass der Haushalt geschädigt wird. Doch wozu eine Widerlegung seines Kündigkeiten.

Wie man auch urteilen mag, ob man die Frau für reif und geeignet hält zur vollen Mitbestimmung oder nicht, steht, dass man keine Bedenken hegte, ihr alle Staatsbürgerpflichten haufenweise aufzuerlegen. Keine Last und keine Pflicht des gesamten Lebens in Staat und Gemeinde, die nicht auch die Schultern der Frau belastet. Da soll man schon aus diesem Grunde nicht die „überzarten“ Bedenken hegen gegenüber ihrem Mitbestimmungsrecht. Und man vergeisse doch auch nicht, dass mit ihrer beanspruchten Frauennatur auch alle die wertvollen Eigenschaften zusammenhängen, die ihre Mitarbeit für Staat und Gemeinde so möglich machen. Weil die Frau an viele echt menschliche Not mit einem natürlichen tieferen Gefühl, mit mehr Regungen des Herzens und der Seele als wie mit dem Verstande herantritt, deshalb wird man sie in Zukunft erst recht nicht entbehren können, wo es gilt, aus den Ruinen der geschlagenen Welt neues Leben und neue Werte hervorzubringen. Dafür gebrauchen wir mehr Weibstum, mehr Mittel, mehr Kräfte. Die Frauen würden sich ja doch mit diesen Aufgaben aus-einandersezeln. Aber sie sollen nicht mehr gezwungen sein, es außerhalb des organisierten Selbstbestimmungsapparates zu tun, als nur Vollverpflichtete aber nicht Vollberechtigte.

Wir bekommen jetzt unser Wahlrecht. Die Ereignisse werden es uns geben. Heute noch kann die Frage entschieden werden mit den bürgerlichen Parteien. Morgen vielleicht schon gegen sie. Die Entwicklung geht jetzt mit Eilzugs geschwindigkeit. Gelangen wir zum Sieg ohne das Rotum der bisherigen Frauenvahlrechtsgegner, einzig durch die Volksbewegung und die Macht der Sozialdemokratie, dann allerdings wird diese umso gekräftiger auf dem Platz verbleiben. W. R.

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

40. Fortsetzung.

„Was?“ beharrte sie hastig und stampfte zornig mit dem Fuß gegen den Teppich.

Er strich das Gespräch mit einer sanften Handbewegung aus. „Reden wir nicht davon. Reden wir von Geschäften... Ist Ihnen bekannt, dass Reissner vor dem Bankrott steht?“

„Nein,“ sagte sie entsezt, „wieviel?“

„Wie?“ Er, der diese Empfindung kaum noch kannte, wurde bitter. „Haben Sie auch nur einen Augenblick an die Kraft Reissners geglaubt? Ich nicht.“

„Er stellt etwas vor,“ sagte sie kleinlaut, „er ist einer der reichsten Männer.“

„Woher wissen Sie das? Von ihm selbst?“

„Ja.“ „Und Sie haben seine Worte nie nachgeprüft?“

„Nein.“

„Warum?“

„Weil...“ Aber sie stockte, denn sie war plötzlich hilflos und hatte die Empfindung, nackt dazustehen, vor einem, der dies nicht sah, der rücksichtsvoll zur Seite blickte.

Sie weinte leise.

Da sprach er beruhigend auf sie ein. „Trösten Sie sich. Sie waren nicht sein einziges Opfer und ganz sicher jenes, das noch am besten bei ihm weggekommen ist. Was tut es Ihnen, wenn Sie eine Million verlieren, wenn Sie doch noch anderthalb Millionen, die Ihnen gehörten sind, behalten dürfen. Jeder Mensch muss seine Irrtümer bezahlen. Sie sind billig wegkommen.“

„Sein Geld ist weg,“ fragte sie, „verloren?“

Er nickte. „Alles.“

„Wie ist das nur möglich,“ flüsterte sie wie im Traum, „wie ist das nur möglich?“

„Ich will es Ihnen erklären,“ sagte er bedächtig, „bitte hören Sie mich an.“

Und er schilderte ihr in kurzen, scharfen Umrissen, was er in wochenlangem, mühseligem Suchen gefunden hatte, nach dem er mit einer Zöpfigkeit geforscht hatte, die an Liebe grenzte: die Geschichte von Reissners scheinbarem Aufstieg und allmählichem sicheren Untergang.

Er berichtete: Reissner war ein Mensch, der einem Wahnsinn anhing, einem Wahnsinn, der scheinbar war und an dem er doch glaubte und der ihm soviel Stärke einklammerte, als er für den Anfang nötig hatte. Er glaubte, dass alle Menschen seine Feinde seien, und das ist es nicht, das nur er den Menschen feind war. Er rächte sich, wie er wünschte, er beschwore nur Rache auf sich herab. Und Ihnen, wenn Sie auch nicht sichtbar sind, fällt er jetzt zu Boden.

„Du sollst keine Schuld.“

Mit ruhigen, sicheren Worten zeichnete Behrens das Leben Reissners nach, von dessen Jugend bis zu jenem törichten Tatsachen, der ihn ins Gefängnis brachte. Einen Charakter hat: die Strafe gefürt, ihm wühlte sie im Innersten auf. Als einer, der sich gegen seine eigene Schuld emport, ging er aus dem Gefängnis. Dass er sich nur gegen seine eigene Schuld empörte, sah er nicht. Da er mit seiner Schuld nicht fertig wurde, wurde sie es um so leichter mit ihm. Sie wuchs in ihm und machte ihn blind. In dieser Blindheit ging er darauf, sich zu rüchen.

„Sein Unglück war es, dass er reich war, des weiteren, dass er Glück und geschäftliches Talent hatte und dass er Freunde fand, die ihn stützten. So gelang ihm ein Aufstieg, der Leute, die nicht instande waren, in die Tiefe zu sehen, blende. Aber sein Erfolg war zugleich sein Unglück, da er nicht auf ehrlicher und sicherer Basis geschaffen war, auf der Wahrhaftigkeit, und von dem er eines Tages um so tiefer herabstürzen mügte, je höher er hin-aufkommene war.“ Dieser Tag ist da. Jeder Versuch, ihn noch weiter hinauszuschieben, wird mißlingen.

Behrens ging auf Einzelheiten über.

Mit einem simplen Holzgeschäft hatte Reissner begonnen. Dann hatte er eine Automobilfabrik wieder lebensfähig gemacht, die, wenn er sie behalten hätte, seiner Zukunft eine dauernde und feste Grundlage gegeben hätte. Allein er hatte den Erfolg, sich selbst zu wirken, und um ihn zu befähigen und zu beweisen, ließ er sich in Dinge ein, denen er nicht gewachsen war.

„So gründete er mit Ihnen eine Gesellschaft zur Bewertung eines Patentes, das auf eine neue Art Glücksörper herstellen wollte,“ sagte Behrens, „und wenn Sie nicht schon damals viel Geld verloren haben, so verdanken Sie das nur dem Umstand, dass Reissner Dumme fand, die ihm die Sache abnahmen, ehe es rückgängig wurde, dass sie ein Humbug war.“

Und so war es fortgegangen, alle die Jahre, bis heute. Es blieb erstaunlich, wie dünn und leichtgläubig die Welt war und wie gern sie jedem, der ihr Sand in die Augen strate, auf den Beim ging. Je mehr Reissner davon abstammt, zu arbeiten, um so besser lernte er es, zu tanken. Er fand bald die Gesetze, die der Menge imponiert und die sogar Erfahrene täuschten. Er bot denen, die ihm nicht glaubten, freie die Stirn. Und er war beweglich. Tersenderlei Beziehungen knüpfte er an, die ihm alle einmal in irgend einer Stunde nutzten, was auf den Erfolg für die Stunde kam es ihm schon längst nur noch an. Er spielte und wartete, wie alle Spieler, auf einen ganz großen Schlag, der alle kleinen Schärfen ausschlägt. Aber auch kleine Schärfen ergeben schließlich ein großes Los, in dem man versinkt. Das Los war da. Viel Geld hatte es schon verschlungen, sein eigenes, das seiner Frau, den vieler anderer.

„Auch hierzulande,“ sagte Behrens, „ein schwieriges Los.“

„Ich schaute es sich an, ihn selber zu versöhnen. Und da beschloss er mit dem Fatalismus des Verzweifelten einen letzten Kampf zu versuchen.“

„Wetten?“ fragte Jean von Matthes.

„Er geriet in die Hände eines Bucheners, eines der größten Halunken der Stadt, mit dem er schon lange Verbindungen geplaudert hatte, eines Menschen, der im Trüben läuft, eines Geschäftes, der nichts riskiert und doch immer große Gewinne einzusteckt, der sich gründsätzlich nur junge Sachen holt, da diese, relativ abgetan, das nächste Geld ergeben.“ Dieser redete ihm zu, eine vorfrühe Terror-Gesellschaft zu übernehmen, die mit einem Betrag von anderthalb Millionen neu belebt, Riesengewinne versprechen soll... Und er hat gern angedessen.“

„Und wer, — wer gibt — das Geld?“ fragte atemlos Jean.

Behrens sah sie lächelnd an. „Sie,“ sagte er lässig.

„Ich?“

Behrens nickte. Er kann jede Stunde bei Ihnen erscheinen, um Sie für die Sache breitzutreten — an die er glaubt!“ Sie hob angewinkt den Kopf. „Was tut ich nur?“ fragte sie ratlos.

„Wissen Sie das nicht?“

„Ich lehne ab,“ sagte sie heiser, „ich lehne ab...“

„Wird Ihnen das so leicht werden,“ fragte er wie beiläufig, „bei den Beziehungen zu ihm, die...“

Sie zerrte vor Zorn und Scham an ihrem feinen Taschentuch, das sie hin und wieder an die Augen führte. Und plötzlich trat sie vor ihn hin, sich vor Erregung verzuschlend. „Helfen Sie mir!“ schlugte sie.

„Gern,“ sagte er leise weich, „wenn Sie mir versprechen, mir zu gehorchen, — mir unbedingt zu gehorchen!“

„Ja, ja.“

Er strich mit der Hand über seinen braunen Anzug hinunter. „Sie werden vor allem eins tun,“ sagte er bestimmt, „und zwar sofort, längstens bis heute abend.“

„Was?“ klammerte sie sich an ihn.

„Sie werden verzieren. Wett fort und ohne jemanden außer mir das Ziel Ihrer Reise bekannt zu geben... Wohin?“

Au, sagten wir: in die Schweiz.“

Sie atmete auf. „Ja,“ sagte sie sich wie befreit.

„Sie werden mir gehorchen?“

„Unbedingt.“ vertrug sie.

„Noch heute?“

„Und wenn er Sie aufspürt, — vielleicht schon in den nächsten Stunden?“

Sie ballte die Fausten. „Ich bin nicht zu sprechen.“ rief sie aus, blau und entschlossen. „Ich schwör es Ihnen: nein!“

„Ich danke Ihnen, dass alles... alles... gut werden soll!“

Draußen zog er die Uhr. „Es war Mittag vorher, aber er hatte keinen Hunger, nein, gar keinen Hunger!“

Er rief ein Auto heran. „In den Grunewald,“ sagte er. „Die Villenkolonie!“

